

Die sozialdemokratischen Reichstagskandidaten in der Provinz Schlessen:

Regierungsbezirk Breslau:

Breslau-West: Schriftsteller Eduard Bernstein-Berlin. Breslau-Ost: Tischlermeister Franz Luchner-Berlin. Gubrau-Steinau-Wohlau: Schiffbauer Paul Mommert-Breslau: Wittlich-Trebnitz: Maurer Heinrich Rösler-Breslau.

Wartenberg-Dels: Parteifreier Emil Reutrich-Breslau. Namslau-Brieg: Redakteur Paul Löbe-Breslau. Ohlau-Nimptsch-Strehlen: Verleger Oskar Schütz-Breslau. Striegau-Schweidnitz: Redakteur Franz Feldmann-Langenbielau:

Waldburg: Bergarbeiter Hermann Cacke-Bohum. Reichenbach-Neurode: Schneidermeister August Kühn-Langenbielau. Glog-Sabelschwerdt: Schneidermeister August Kühn-Langenbielau. Frankenstein-Münsterberg: Schneidermeister August Kühn-Langenbielau.

Regierungsbezirk Liegnitz:

Grünberg-Freystadt: Parteifreier Hermann Stolp-Görlitz. Sagan-Sprottau: Gauleiter Friedrich Schlegel-Breslau. Groß-Glogau: Gauleiter Hermann Zimmer-Breslau. Lüben-Bunzlau: Bierverleger Reinhold Scheib-Bunzlau.

Löwenberg: Redakteur Alois Staudinger-Leipzig. Gannau-Liegnitz-Goldberg: Gauleiter Karl Dietrich-Breslau. Landeshut-Jauer-Sollenthan: Redakteur Hermann Krähig-Berlin.

Schönan-Hirschberg: Redakteur Robert Albert-Breslau. Lauban-Görlitz: Parteifreier Hermann Müller-Berlin. Rothenburg-Gogerswerda: Schuhmacher Neumann-Rottbus.

Regierungsbezirk Oppeln:

Kreuzburg-Rosenberg: Schriftsteller August Bebel-Berlin. Oppeln: Schriftsteller August Bebel-Berlin. Groß-Strehlig-Rosel: Gewerkschaftsbeamter Hermann Baude-Rattowitz. Lublitz-Gleiwitz: Parteifreier Franz Trubalst-Rattowitz.

Beuthen-Tarnowitz: Gewerkschaftsbeamter Franz Scholtz-Rattowitz. Rattowitz-Zabrze: Gewerkschaftsbeamter Josef Adamel-Rattowitz. Pleß-Rybnitz: Gewerkschaftsbeamter Franz Danisch-Birtulau (Rybnitz). Ratibor: Geschäftsführer Josef Dinięziwicz-Rattowitz.

Leobschütz: Parteibeamter Wilhelm Necker-Neustadt (O.Schl.). Neustadt (O.Schl.): Verleger Oskar Schütz-Breslau. Falkenberg-Grottkau: Schriftsteller August Bebel-Berlin. Neisse: Verleger Oskar Schütz-Breslau.

Zur Abrechnung mit den Volksfeinden am 25. Januar.

(Material zur Reichstagswahl.)

Gegen das Reichstags-Wahlrecht

beht auch die Verbüßte des Kartell-Freistuns, die „Deutsche Tageszeitung“. Das Bändlerblatt verzeichnet mit Entzückung die Nachricht, daß eine große Anzahl Leipziger Arbeiter aus den Vororten nach der Stadt verzogen sei, um dort ihr Wahlrecht ausüben zu können. Wäre die Nachricht, die wir nicht nachprüfen können, richtig, so würde sie uns zeigen, welcher Opfer eine politisch gebildete Arbeiterschaft im Interesse ihrer Sache fähig ist. Leipzig-Land hat zudem mit einer Bevölkerung von rund 450,000 Einwohnern nur einen einzigen Abgeordneten zu wählen, Leipzig-Stadt mit nicht viel mehr als einem Drittel dieser Bevölkerung auch einen. Eine Korrektur herbeizuführen, liegt also ganz im Sinne des Gesetzes. — Auf die Verhastung unseres Leipziger Parteiblattes aber, daß an solchem Verhalten der Arbeiterschaft nicht das mindeste Ungefällige wäre, antwortet der „Deutschen Tageszeitung“ scharfmacherische Verächtlichkeit:

„Gewiß, dagegen läßt sich gefehlich nichts tun, aber ein derartiger Vorgang beweist wiederum, wie wenig verständig es ist, der heimatlosen flutierenden Masse denselben Einfluß auf die Gesetzgebung einzuräumen, wie der bodenkundigen, mit dem Schicksal der Heimat unmittelbar verbundenen Bevölkerung.“

Es ist eine neue Erscheinung, daß konservative Blätter, wie die „Deutsche Tageszeitung“, freikonservative wie die „Post“ und nationalliberale, wie die „Hamburger Nachrichten“, selbst während eines Wahlkampfes ihre Wahlrechtsfeindschaft nicht nur nicht ablegen, sondern mit bewußt absichtlicher Schärfe stets von neuem betonen. Entweder man hält einen großen Teil der deutschen Wähler für so dumm, daß er auch das vertritt, oder man hat Grund anzunehmen, daß es bald nach den nächsten Reichstagswahlen ruft werden soll. Der Freistun aber, der im preussischen Landtag die Einführung des gleichen und geheimen Wahlrechts beantragt, hat Herr Oberburg u. Janschow seine Hilfe gleich im ersten Wahlgang versprochen und würde, wenn es ihm noch möglich wäre, auch diesmal wieder in den Stichwahlen zwanzig konservativen Wahlrechtsfeinden in den Reichstag besen.

Freistünige Wahlrechtsverräterei!

werden durch den auf den Wähleraus berechneten Wahlrechtsantrag der Freistünigen im Landtag in Erinnerung gebracht. Es war im Jahre 1873, da der Zentrumabgeordnete Dr. Windthorst im preussischen Abgeordnetenhaus die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts beantragte. Damals hatten die Liberalen die Macht, den Antrag durchzubringen. Die drei konservativen Parteien hatten nur 65 Mandate, während das liberale Zentrum drei, die Nationalliberalen 174, die Fortschrittspartei 68, das Zentrum 88 und die Polen 18 Siege hatten. Aber das liberale Abgeordnetenhaus hat diesem Antrag nicht einmal die Ehre eines unabhängigen Begründetes, einer Kommissionsberichterstattung, erwiesen, es hat vielmehr die zweite Beratung auf sechs Monate vertagt. In dem Mitglieder, die in ausserordentlicher Sitzung für die Vertagung gestimmt haben, gehörten u. a. die Abgeordneten Dr. Hänel, Klug-Berlin, Dr. Rommelen, Fockius, Eugen Richter, Richter, Schönow, Jelle — unter anderen Freistünige. Das Verbot der Vertagung wurde aber erst nach einem Streik — den Antrag ist nicht wieder auf die Tagesordnung gekommen!

Wenn dieser Wahlrechtsverrat des Freistuns aber zu alt und ehrwürdig erscheinen sollte, dem sei folgender, noch sehr frischer Verrat serviert: Am 16. Februar 1906 stimmten die freistünigen Abgeordneten zum Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts!

So handelt der Freistun, wenn es sich nicht bloß um unverbindliche Äußerungen handelt. Im preussischen Landtag kann er sie gefahrlos stellen, da er dort ganz machtlos ist und keine Gefahr besteht, daß die Mehrheit auf den Antrag eingehen wird!

Deutschland als Hungerland.

Während deutsche offizielle Statistiker zu Wahlzwecken beweisen, daß der Industriearbeiter in seinem Lande der Welt so gut gestellt sei, wie in Deutschland, kommen amtliche Statistiken des Auslandes zu ganz anderen Ergebnissen. So enthalten die wegen ihrer Zuverlässigkeit berühmten amtlichen Denkschriften des englischen Handelsministeriums v. J. 1903 eine Untersuchung über die Lohn- und Lebensverhältnisse der Industriearbeiter verschiedener Länder, aus der hervorgeht, daß der deutsche Arbeiter der Paria unter den Proletariats aller Länder ist. Eine Vergleichung der Wochenlöhne von Arbeitern gleichen Berufs und ungefähr gleicher Qualifikation ergab folgendes Resultat:

Table with 2 columns: Nationality and Weekly Wage. Includes categories like 'der amerikanische Arbeiter', 'englische', 'französische', 'belgische', 'schweizer', 'deutsche'.

Table with 2 columns: Nationality and Weekly Wage. Includes categories like 'der amerikanische Arbeiter', 'amerikanische Arbeiter', 'englische', 'schweizer', 'französische', 'belgische', 'deutsche'.

Es blieb also zur Befriedigung anderer Bedürfnisse übrig wöchentlich: dem amerikanischen Arbeiter... Unter den drei Hauptindustrieländern der Welt, Amerika, England und Deutschland, ist Deutschland das typische Land der Hungerlöhne! Es ist das Land der niedrigsten Löhne und der höchsten Lebensmittelpreise!

Wie war in Wirklichkeit die Sache? Man urteile selbst: Die Versammlung verlief äußerst ruhig, weil Sozialdemokraten Redefreiheit erhalten hatten. Als aber gegen Schluß ein Ordnungsruf mit Namen Dr. Heinrich in provozierender Weise behauptete:

„In der Sozialdemokratie säßen viele Elemente, die sittlich minderwertig seien, besonders Verfehlungen gegen Paragraph 175 des Strafgesetzbuches seien sehr beliebt.“

da begannen mit Recht die durch diese Insulte beschimpften Wähler zu protestieren. Der § 175 lautet bekanntlich:

„Die wider natürlichem Anstand, welche zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren begangen wird, ist mit Gefängnis zu bestrafen; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Als trotz Verlangens der Mehrheit der Versammlung der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat (!) Stenow sich weigerte, den Verlesenen zur Ordnung zu rufen, da wuchs die Erregung immer mehr. Kein Mensch aber dachte an „Sprünge“ der Versammlung. Ja, schließlich forderte man nur noch, daß der Gegenkandidat, der nationalliberale Insel das Schlußwort nehme. Da aber erklärte der Herr Reichsgerichtsrat die Versammlung kurzerhand für geschlossen!

Die Lumpenhande der bürgerlichen Ordnungswächter aber lägen nach wie vor feste drauf los!

Die Wahlchrift des Bundes der Landwirte

zeigt auf blauem Umschlag das wohlgetroffene Abbild des Reichstagsgebäudes. Das ist aber auch das Einzige, wovon sich die Leser aus dieser Broschüre ein richtiges Bild machen können, alles andere ist gefälscht und verdreht und zwar so plump verdreht, daß für jeden, der von politischen Dingen nur eine blaue Ahnung hat, der Schwindel sofort offenbar wird. Die Wahlchrift beginnt mit den Worten:

Sozialdemokraten, Zentrum und Polen haben im Reichstag die notwendigen Mittel zur Niederwerfung des Aufstandes in Südwesafrika verweigert. Nach Ansicht der Truppenführer und des dortigen Zivilgouverneurs müssen aber zunächst unbedingt 8000 Mann in der Kolonie am Feinde (!) bleiben... Die Sozialdemokraten und Konsorten wollten trotzdem aber jetzt unsere Truppen unter 8000 Mann vermindern haben... Also unsere Soldaten würden vom arabischen Feind übermächtig werden, weil sie zu Zahl zu schwach geworden, die sehr wertvollen Kolonien würden an's Land gehen.

Auf Leute, die wissen, daß der arabische Feind, der unsere 9000 Soldaten zu überwältigen droht, 150 Mann stark ist, wird die lächerliche Beweisführung nur einem tauben Hund machen. Nicht minder lächerlich muß es wirken, wenn sich die Exzesse für unsere „wertvollen Kolonien“ einräumen, deren Aufgabe es sofort fordern würden, wenn nur ein Satz Kavallerie, ein St. Regen oder ein Kavallerieregiment von dort nach Deutschland eingeführt würde. Aber diese Schrift ist eben für die ganz Unwissenden bestimmt, daß jetzt sich u. a. auch durch die Art, in der der Sozialdemokratie behandelt wird. In paar Tönen genügen:

Der von den Arbeitern nicht den sozialdemokratischen Gewerkschaften beitreten will, wird verfolgt und gequält, bei Strafe von dem Gerichte geschmäht und belästigt geprügelt.

Die Mitglieder der Sozialdemokratie waren drei Jahre: Marx, Bakunin und Engel.

Von lächerlichen Fälschern wird vorgeworfen, sie hätten ihr Tagelohn schlecht verdient. Die Welt ist nun in den Händen

„Sie lägen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!“

Die gesamten Verbandsleiter des Ordnungswächters, allen voran die schlesische Zeitung-Preller, bringen seit 3 Tagen folgende Reden:

„Die Feinde haben Sozialdemokraten eine liberale Wahlerversammlung gebragt.“

In dem sozialdemokratischen Flugblatt vom 1. d. M. behauptet man, der verordnete...
...wählen in ihrer eigenen Partei...
...wären also doppelt bestraft...
...wäre die Partei...
...wäre die Partei...
...wäre die Partei...

Dieser freisinnige Jammerlappen — Jarohl, Herr Dr. Dehler, Jammerlappen, trotz Ihres Greinens — der es sich zum Tageshandwerk gemacht hat, die Sozialdemokraten zu verleumben und zu beschimpfen, wenn er nur zur Feder greift, wagt anbesonderten Leuten Verleumdung vorzuwerfen, weil sie feilschen, was dem Herrn nicht in den Kram paßt. Und Herr Dr. Dehler, der freisinnige Redakteur und Vorstandsmittglied von Schriftstellervereinen, entblödet sich nicht, Berufsgegnossen, die als Opfer ihrer Ueberzeugung und ihres Berufs die Gefahren des Gefängnisses auf sich nehmen müssen, zu verhöhnen und zu beschimpfen. Wui Teufel!

Morderei auf einem Breslauer Friedhofe. Der „Breslauer Morgenzeitung“ schreibt man: Am Donnerstag, Nachmittags 2 Uhr, stand eine kleine Trauerversammlung in der Leichenhalle in Gräbchen am Sarg eines Wirtshausbesizers. Der Verstorbene hatte auf dem Friedhofe von St. Elisabeth seine Gattin liegen, mit welcher er einst goldene Hochzeit feiern durfte und neben der er sein Erbvermögen angekauft hatte. Er selbst, obwohl nicht aus der Kirche ausgeschieden, war seit Jahren der hiesigen freien Religionsgemeinde zugetan, hatte ihr notariell die Beforgung seines eigenen Begräbnisses übertragen und den Wunsch ausgesprochen, daß deren Sängerkorps mitwirkte und Prediger Tschirn ihm die Grabrede halte. Da dieser Wunsch auf einem konfessionellen Friedhofsbezirk nach den herrschenden kirchlichen Bestimmungen sowieso unausführbar gewesen, andererseits die Wohnung des Verstorbenen für eine Trauerfeier ungeeignet war, bot sich hierzu von selbst die städtische, interkonfessionelle Leichenhalle, die den Angehörigen jedes Glaubens frei steht, was von der Kirchhofinspektion noch bestätigt worden war. So hatten sich denn der Vorstand der freien Religionsgemeinde einige Mitglieder, Prediger Tschirn und der Sängerkorps eingeschunden; letzterer begann eben zu intonieren, da — erklärte der Totengräber zu Sanft Elisabeth im Auftrage von Hochwürden: wenn eine Zeremonie stattfinden, werde der Sarg nicht gehoben werden, sondern stehen bleiben, also die Beerdigung nach dem bereit stehenden Grabe nicht ausgeführt werden. — Und dem im Sarge daneben liegenden Greise den Erbesbeschieden nicht lange vorzuenthalten und den Ruheplatz neben der Gattin nicht zu gefährden, verzichteten der freireligiöse Sängerkorps und Herr Prediger Tschirn auf ihre Funktionen und gaben dem Toten ein summes Grabgeleit nach der letzten „Stätte des Friedens“, deren Weihe ja schon manchmal von kirchlicher Intoleranz durchbrochen wurde. Auf dem Friedhofe und am Sterbebette — wie dieser Tage erst ein Seelenrettungs-Fall berichtet wurde — zeigt sich der fromme Eifer der Kirchenmänner in ganz besonderer Beleuchtung.

Es ist nicht geradezu ein Skandal, daß auf einem Friedhofe der Stadt Breslau sich pfäffliche Unduldsamkeit in der Weise breit machen kann, als vorstehendes Beispiel zeigt? Längst hätte man zum System der Simultanfriedhöfe übergehen sollen. Das Vorkommnis wird aber auch weiten Kreisen eine Lehre sein. Es ist durchaus nichts seltenes, daß Männer aus der Landeskirche austreten, ihre Frauen aber darin bleiben, nicht aus Ueberzeugung, sondern bloß weil es ja für sie „weniger drauß kommt“, wenn man nach dem Tode vor Pfaffenunduldsamkeit geschützt sein will.

Aus Schlesien und Polen. Eine Erinnerung an die preussische Wahlrechtschmach!

Der Sächsischer Wahlrechtsflugblatt-Projekt stand am Dienstag vor dem Reichsgericht an. Sächsischer Stargard den Ruhm, die Städte Preußens zu sein, wo eine Verurteilung wegen des sozialdemokratischen Wahlrechtsflugblattes, das von zahlreichen preussischen Staatsanwaltschaften und Gerichten als durchaus gesetzlich anerkannt worden ist, auf Grund des Aufreizungsparagraphen erfolgt.

Das Landgericht Görlitz beurteilte am 2. Juni den Genossen Expedient Sikke zu einem Monat Gefängnis, weil er zu „Gewalttätigkeiten aufgereizt“ habe. Das Reichsgericht verwurft die Redaktion des Angeklagten und bemerkt gegen den Verteidiger, er könne von der Voraussetzung ausgehen, daß für den strafbaren Tatbestand eine Förderung des öffentlichen Friedens erforderlich sei. Das sei falsch. Es bedürfte keiner Ausführung, daß eine Gefährdung des öffentlichen Friedens durch die Verbreitung des Flugblattes herbeigeführt werden konnte. Das sei ausreichend festgestellt.

Das heißt, es ist nicht nötig, daß sich jemand durch das Flugblatt zu Gewalttätigkeiten gegen die herrschende Klasse hinreißen läßt, um eine Verurteilung zu begründen, sondern es genügt, wenn die Richter des Glaubens sind, daß sich jemand durch das Flugblatt zu Gewalttätigkeiten früher oder später einmal hinreißen lassen könnte. Und das stellen sie „sehr auf Grund ihres subjektiven Ermessens“!

Das Urteil kommt noch gerade recht zum Wahlkampf. Zwei Auftritte rufen es uns ins Gedächtnis: Es gilt in diesem Wahlkampf die Bahn frei zu machen für eine Reform der deutschen Justiz an Haupt und Gliedern und Gericht zu halten über die Wahlrechtsverweigerung! Das Görlitzer Urteil, das das Reichsgericht bestätigte hat, muß die Zurückweisung der Forderung des Verleumers auf

...wäre die Partei...
...wäre die Partei...
...wäre die Partei...

Ablass macht.
Aus dem gestern erwiderten Briefwechsel Bebel-Ablass geht, wie wir kurz feststellen wollen, folgendes hervor:
Ablass hat die Unwahrheit gesagt, als er in Bonn erzählt, Bebel habe sich bei ihm über die „Wahrheit über Voigtbein“ und über Albert erkundigt.
Gegenüber der wissenschaftlich unvollständigen Behauptung Ablass, daß Bebel von seinen Erbschaften der Partei nichts abgeben hätte, schreibt Bebel an Ablass, daß die betreffende Erbschaft 895 000 Mk. betragen habe. Davon habe er freiwillig 192 000 Mk. an die Erben, 45 000 Mk. an die Partei und 20 000 Mk. für Unterhaltungen z. ausgezahlt.

In einem weiteren Briefe erwidert Genosse Bebel diese Ausführungen dahin, daß er noch 4000 Mark Anwaltskosten freiwillig und die Erbschaftsteuer von den ihm verbliebenen 198 000 Mk. bezahlt habe — alles Dinge, die bereits wiederholt durch die Presse bekannt worden und somit auch zur Kenntnis Ablass gekommen sein müssen.

Auf diese rein sachlichen Richtigstellungen antwortet Ablass mit einem geradezu wundenlos — freisinnigen Briefe, der mit den für Ablass bezeichnenden Worten beginnt:

„Ich habe Sie bisher für einen aufständigen Mann gehalten...“

Alsdann wiederholt Ablass in diesem Briefe alle die skandalösen Lügen des „Boten“, die bereits seit 8 Tagen überall als solche gebrandmarkt worden sind. Der freisinnige Herr scheint der Meinung zu sein, daß eine Unwahrheit zur Wahrheit werde, wenn man sie nur recht oft wiederholt!

Charakteristisch für die jesuitische Kampfesweise Ablass ist das folgende: Nachdem er im Anschluß an die „Boten“-Gemeinheiten Bebel gefragt:

„Ist Ihre Partei bereits so auf dem Fufde, daß sie zu solchen Mitteln der Verächtlichmachung und der Hölle (gegenüber den „Boten“-Wahrheiten!) greifen muß?“

muß der Herr endlich zugeben, daß er Bebel zu unrecht beschimpft hat. Herr Ablass tut das aber in einer Art und Weise, die seinen Charakter und seinen abvokatorischen Kniffen alle Ehre machen. Ablass schreibt an Bebel:

„Ich glaube nicht (!), erklärt zu haben, daß Sie bis heute Ihrer Partei von Ihrer Erbschaft keinen Pfennig abgeben hätten. Sollte ich es gesagt haben, so erkläre ich auf Grund Ihres gefügigen Briefes, daß ich eine derartige Angabe als irrig ansehe und bedauere u. s. w.“

Ein wenig ehrenvoller Rückzug also. Um aber nun diese Blamage durch eine neue Niedertracht wegzumachen, fügt Ablass sofort hinzu, daß er nun mehr künftig erklären werde

„daß ich (Ablass) mein Vermögen nur durch Arbeit und Fleiß erworben habe, daß aber Herr Bebel eine Erbschaft von 895 000 Mark gemacht hat, von der er die Summe von 198 000 Mark für sich behalten hat.“

Das ist Ablass, wie er lebt und leidet! Sein Schlupfwinkel, der jesuitisch andeutet, daß Bebel durch das „für sich behalten“ sich mit einem Makel behaftet hat, charakterisiert so sehr den Bratenwender des Gesetzes, daß jeder Kommentar überflüssig ist. Ebenso überflüssig zu bemerken, daß ihm Bebel auch auf diese Floskel die Antwort nicht schuldig geblieben ist.

Trotz dieser unerhörten neuen Verächtlichmachung hat Ablass schließlich die Stirn, von Bebel eine Erklärung dahin zu verlangen, daß — unglaublich, aber wahr! — daß Albert die Unwahrheit gesagt und Ablass, der liebevolle Unschuldssengel, die reine Wahrheit gesagt habe und eine weitere Erklärung, wonach Ablass nur die „schamlosen, aller Parteimoral Hohn sprechenden Angriffe ihres Genossen Albert zurückgewiesen“ hätte!!

Selbstverständlich hat Genosse Bebel diese mehr wie dreifache Zumutung einfach ignoriert.

Versteht man jetzt, weshalb die Ablass und Konsorten ihre Versammlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit hinter verschlossenen Türen abhalten und die Sozialdemokraten in echte Hausknechtsmanier hinauswerfen? Es wird ihnen aber nichts helfen. Nur zu gut ist dafür gesorgt, daß Herr Ablass seinen Wählern nackt gezeigt werde — als ein Muster echt freisinniger „Größe“!

Der Wahlkampf im Kreise Löwenberg

wird sehr scharf geführt. Auch die Gegner sind sehr rührig. Besonders lebhaft greift der konservative Kandidat Herr Schäffer in den Kampf ein, allerdings steht ihm nur eine sehr dürftig ausgearbeitete Rede zur Verfügung. Der Freisinnsmann Herr Kovich ist auf einmal den Sozialdemokraten gegenüber sehr bößlich geworden. Dieser Mann braucht, um wirklich wieder den Reichstags zu „lernen“, die Sozialisten-Stimmen. Nachdem die Gegner im Kreise wissen, daß wir eine sehr energische Agitation entfalten werden in ihrer Presse die Sozialdemokraten nach altem Brauch mit fürchterlichen Stunbombern beworfen.

Unsere Genossen haben am letzten Sonntag das erste Flugblatt verbreitet, es wuchs von der Westseite mit Freuden aufgenommen, insoweit werden wir drei Flugblätter in den Kreis werfen. Unsere Genossen zeigen eine solche Schaffensfreudigkeit; die politische wie gesellschaftliche Organisation ist auch in diesem rein — ländlichen Kreise besser geworden. Die mündliche Agitation wird gehemmt durch die Saalabreitererei.

Unter Panodait Genosse Ständinger trat kürzlich den beiden gegnerischen Kandidaten in überfüllten Versammlungen gegenüber. Wenn erbandt mod'ere durch das Vorlesen unserer Genossen Herr Kovich sein. In Schöndorf, wo Kovich am 6. Januar referierte, hatte dieser durch die Diskussionsrede Ständinger einen sehr löwenberg Stand. Selbst Freisinnige sehen das ein. Im Referate sagte Kovich wörtlich:

„Die einseitige Verbesserung in Schweskrantz wurde zum aufständigen fürstlich gezwungen.“

Unter ähnlichem Beifall stellte Ständinger fest, daß trotz dem die Freisinnigen die Mittel zur Fortführung des Krieges bewilligten. Unter großer Beifall wurde unter Kovich Kovich über den Fort der Referate in geordnet, als wäre er an der bekannten kolonialen Standweise beteiligt gewesen. Doch keine heutzutage Rede habe Kovich die Qualifikation zum deutschen Redner sicherlich verdient. Welche Annehmen dem deutschen Volk die koloniale Politik haben, Kovich nicht an. Daß die Freisinnigen gegen die Landbesitzer kommen, hat dazu seinen Grund, weil es ein Ausnahmefall ist, welches die Freisinnigen bei den Sozialdemokraten. Die Schöndorfer Versammlung schloß sich sehr lebhaft. Einmal Ständinger erwiderte in fürstlich-bischoflicher Rede die Landbesitzer

...wäre die Partei...
...wäre die Partei...
...wäre die Partei...

Ablass macht.
Aus dem gestern erwiderten Briefwechsel Bebel-Ablass geht, wie wir kurz feststellen wollen, folgendes hervor:
Ablass hat die Unwahrheit gesagt, als er in Bonn erzählt, Bebel habe sich bei ihm über die „Wahrheit über Voigtbein“ und über Albert erkundigt.
Gegenüber der wissenschaftlich unvollständigen Behauptung Ablass, daß Bebel von seinen Erbschaften der Partei nichts abgeben hätte, schreibt Bebel an Ablass, daß die betreffende Erbschaft 895 000 Mk. betragen habe. Davon habe er freiwillig 192 000 Mk. an die Erben, 45 000 Mk. an die Partei und 20 000 Mk. für Unterhaltungen z. ausgezahlt.

In einem weiteren Briefe erwidert Genosse Bebel diese Ausführungen dahin, daß er noch 4000 Mark Anwaltskosten freiwillig und die Erbschaftsteuer von den ihm verbliebenen 198 000 Mk. bezahlt habe — alles Dinge, die bereits wiederholt durch die Presse bekannt worden und somit auch zur Kenntnis Ablass gekommen sein müssen.

Auf diese rein sachlichen Richtigstellungen antwortet Ablass mit einem geradezu wundenlos — freisinnigen Briefe, der mit den für Ablass bezeichnenden Worten beginnt:

„Ich habe Sie bisher für einen aufständigen Mann gehalten...“

Alsdann wiederholt Ablass in diesem Briefe alle die skandalösen Lügen des „Boten“, die bereits seit 8 Tagen überall als solche gebrandmarkt worden sind. Der freisinnige Herr scheint der Meinung zu sein, daß eine Unwahrheit zur Wahrheit werde, wenn man sie nur recht oft wiederholt!

Charakteristisch für die jesuitische Kampfesweise Ablass ist das folgende: Nachdem er im Anschluß an die „Boten“-Gemeinheiten Bebel gefragt:

„Ist Ihre Partei bereits so auf dem Fufde, daß sie zu solchen Mitteln der Verächtlichmachung und der Hölle (gegenüber den „Boten“-Wahrheiten!) greifen muß?“

muß der Herr endlich zugeben, daß er Bebel zu unrecht beschimpft hat. Herr Ablass tut das aber in einer Art und Weise, die seinen Charakter und seinen abvokatorischen Kniffen alle Ehre machen. Ablass schreibt an Bebel:

„Ich glaube nicht (!), erklärt zu haben, daß Sie bis heute Ihrer Partei von Ihrer Erbschaft keinen Pfennig abgeben hätten. Sollte ich es gesagt haben, so erkläre ich auf Grund Ihres gefügigen Briefes, daß ich eine derartige Angabe als irrig ansehe und bedauere u. s. w.“

Ein wenig ehrenvoller Rückzug also. Um aber nun diese Blamage durch eine neue Niedertracht wegzumachen, fügt Ablass sofort hinzu, daß er nun mehr künftig erklären werde

„daß ich (Ablass) mein Vermögen nur durch Arbeit und Fleiß erworben habe, daß aber Herr Bebel eine Erbschaft von 895 000 Mark gemacht hat, von der er die Summe von 198 000 Mark für sich behalten hat.“

Das ist Ablass, wie er lebt und leidet! Sein Schlupfwinkel, der jesuitisch andeutet, daß Bebel durch das „für sich behalten“ sich mit einem Makel behaftet hat, charakterisiert so sehr den Bratenwender des Gesetzes, daß jeder Kommentar überflüssig ist. Ebenso überflüssig zu bemerken, daß ihm Bebel auch auf diese Floskel die Antwort nicht schuldig geblieben ist.

Trotz dieser unerhörten neuen Verächtlichmachung hat Ablass schließlich die Stirn, von Bebel eine Erklärung dahin zu verlangen, daß — unglaublich, aber wahr! — daß Albert die Unwahrheit gesagt und Ablass, der liebevolle Unschuldssengel, die reine Wahrheit gesagt habe und eine weitere Erklärung, wonach Ablass nur die „schamlosen, aller Parteimoral Hohn sprechenden Angriffe ihres Genossen Albert zurückgewiesen“ hätte!!

Selbstverständlich hat Genosse Bebel diese mehr wie dreifache Zumutung einfach ignoriert.

Versteht man jetzt, weshalb die Ablass und Konsorten ihre Versammlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit hinter verschlossenen Türen abhalten und die Sozialdemokraten in echte Hausknechtsmanier hinauswerfen? Es wird ihnen aber nichts helfen. Nur zu gut ist dafür gesorgt, daß Herr Ablass seinen Wählern nackt gezeigt werde — als ein Muster echt freisinniger „Größe“!

Der Wahlkampf im Kreise Löwenberg

wird sehr scharf geführt. Auch die Gegner sind sehr rührig. Besonders lebhaft greift der konservative Kandidat Herr Schäffer in den Kampf ein, allerdings steht ihm nur eine sehr dürftig ausgearbeitete Rede zur Verfügung. Der Freisinnsmann Herr Kovich ist auf einmal den Sozialdemokraten gegenüber sehr bößlich geworden. Dieser Mann braucht, um wirklich wieder den Reichstags zu „lernen“, die Sozialisten-Stimmen. Nachdem die Gegner im Kreise wissen, daß wir eine sehr energische Agitation entfalten werden in ihrer Presse die Sozialdemokraten nach altem Brauch mit fürchterlichen Stunbombern beworfen.

Unsere Genossen haben am letzten Sonntag das erste Flugblatt verbreitet, es wuchs von der Westseite mit Freuden aufgenommen, insoweit werden wir drei Flugblätter in den Kreis werfen. Unsere Genossen zeigen eine solche Schaffensfreudigkeit; die politische wie gesellschaftliche Organisation ist auch in diesem rein — ländlichen Kreise besser geworden. Die mündliche Agitation wird gehemmt durch die Saalabreitererei.

Unter Panodait Genosse Ständinger trat kürzlich den beiden gegnerischen Kandidaten in überfüllten Versammlungen gegenüber. Wenn erbandt mod'ere durch das Vorlesen unserer Genossen Herr Kovich sein. In Schöndorf, wo Kovich am 6. Januar referierte, hatte dieser durch die Diskussionsrede Ständinger einen sehr löwenberg Stand. Selbst Freisinnige sehen das ein. Im Referate sagte Kovich wörtlich:

„Die einseitige Verbesserung in Schweskrantz wurde zum aufständigen fürstlich gezwungen.“

Unter ähnlichem Beifall stellte Ständinger fest, daß trotz dem die Freisinnigen die Mittel zur Fortführung des Krieges bewilligten. Unter großer Beifall wurde unter Kovich Kovich über den Fort der Referate in geordnet, als wäre er an der bekannten kolonialen Standweise beteiligt gewesen. Doch keine heutzutage Rede habe Kovich die Qualifikation zum deutschen Redner sicherlich verdient. Welche Annehmen dem deutschen Volk die koloniale Politik haben, Kovich nicht an. Daß die Freisinnigen gegen die Landbesitzer kommen, hat dazu seinen Grund, weil es ein Ausnahmefall ist, welches die Freisinnigen bei den Sozialdemokraten. Die Schöndorfer Versammlung schloß sich sehr lebhaft. Einmal Ständinger erwiderte in fürstlich-bischoflicher Rede die Landbesitzer

Aus den Gerichtssälen.

Die Wölfe.
Vor dem Obergericht Freyburger Land der Richter Anton Romas vom 5. d. M. ... Argument in Freyburg wegen ...
... Argument in Freyburg wegen ...
... Argument in Freyburg wegen ...
... Argument in Freyburg wegen ...
... Argument in Freyburg wegen ...

Die Kaufmanns-Gesellschaft

Die Kaufmanns-Gesellschaft... Der Vorstand... Die Kaufmanns-Gesellschaft...

Der Alkohol

Der Alkohol... Der Vorstand... Die Kaufmanns-Gesellschaft...

Ein dankbares Wort

Ein dankbares Wort... Der Vorstand... Die Kaufmanns-Gesellschaft...

Scherberberatung mit tödlichem Ausgange

Scherberberatung mit tödlichem Ausgange... Der Vorstand... Die Kaufmanns-Gesellschaft...

Mercurius-Kalender Breslau

- Mercurius-Kalender Breslau... Sonntag, den 12. Januar... Montag, den 13. Januar... Dienstag, den 14. Januar...

Verbreitung vom Distriktsrat Gröblichstraße 73. Jeder

Verbreitung vom Distriktsrat Gröblichstraße 73. Jeder... Die Kaufmanns-Gesellschaft...

1. Ziehung 1. Klasse 216. Königl. Preuss. Lotterie

Table with lottery numbers and names. Columns include names and numbers.

1. Ziehung 1. Klasse 216. Königl. Preuss. Lotterie

Table with lottery numbers and names. Columns include names and numbers.

Verbreitung vom Distriktsrat Gröblichstraße 73. Jeder

Verbreitung vom Distriktsrat Gröblichstraße 73. Jeder... Die Kaufmanns-Gesellschaft...

1. Ziehung 1. Klasse 216. Königl. Preuss. Lotterie

Table with lottery numbers and names. Columns include names and numbers.